

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 30/3 (2003)

DOI: 10.11588/fr.2003.3.63772

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

für den französischen Wunsch nach Zerschlagung des Deutschen Reichs hervor, und Bruno CABANES untersucht die Reaktion der französischen Soldaten auf den Friedensschluß, der in ihren Augen den »Verlust des Sieges« bedeutet habe. Christoph JAHR zeigt, daß für die britische Außenpolitik die Erinnerung an Versailles im krassen Gegensatz zu Deutschland, aber wohl auch zu Frankreich, kein »handlungsleitender Faktor« (S. 125) gewesen ist. Bemerkenswert auch François ROTHS Ausführungen über die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich und die von Michael G. ESCH über das während des Krieges in Frankreich stationierte russische Truppenkontingent.

Weitere behandelte Themen sind die Auswirkungen der Friedenskonferenz auf das Schicksal des amerikanischen Liberalismus (Matthias WAECHTER) oder auf die britische Kolonialherrschaft in Südafrika (Jürgen ZIMMERER) und auch die Bedeutung der Friedensverträge für Italien, die Niederlande, Polen, die ČSR, Jugoslawien, Ungarn und Österreich werden in unterschiedlichen Aspekten behandelt. Abschließend schildert Daniel SCHRANZ noch das Schicksal der seit dem Zweiten Weltkrieg verschwundenen Originalurkunde des Vertrags, wozu man etwas ketzerisch anmerken möchte, sie möge ruhig verschollen bleiben. Der Band kann sich sehr gut neben dem der Tagung in Berkeley sehen lassen und beweist über den wissenschaftlichen Ertrag hinaus, daß der gemeinsame »Erinnerungsort« Versailles keine Gräben zwischen Deutschen und Franzosen mehr aufreißen muß.

Peter GRUPP, Berlin

Dirk SCHUMANN, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen (Klartext) 2001, 400 S. (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, 17).

Ende des Krieges – Beginn der Republik: Niemand wird nach Jahrzehnten der Forschung zur Geschichte der Weimarer Republik die Gemengelage an Entwicklungsmöglichkeiten, widerstreitenden politischen Alternativen, Handlungsspielräumen, Belastungen, »verpaßten Chancen«, empfundenen und gesetzten Grenzen politischer Gestaltung geringschätzen oder gar auf einen Nenner zu bringen versuchen, die in dem Zeitraum Ende Oktober 1918 bis zum Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung am 11. August 1919 beschlossen liegt.

Die Gewalttätigkeit der politischen Auseinandersetzungen, die die Republik vom ersten bis zum letzten Tag kennzeichnete, wird im allgemeinen der Brutalisierung durch den Ersten Weltkrieg zugeschrieben. Dirk Schumanns Studie stellt diese Ableitung in Frage und bietet neue Erklärungen für die Gewaltakzeptanz in großen Teilen des Bürgertums nach 1918 an.

Auf der Basis akribisch ausgewerteter Akten der Öffentlichen Verwaltung der preußischen Provinz Sachsen, der regionalen Presse und weiterer Überlieferungen dieser vor allem durch den »März-Aufstand« der KPD 1921 bekanntgewordenen preußischen Region, entwickelt Schumann die These, daß entscheidend für den Einsatz der körperlichen Gewalt als Mittel in der politischen Auseinandersetzung nicht der Krieg gewesen sei, sondern wie die Kriegserfahrung seit 1918 im bürgerlichen Lager interpretiert worden ist.

Daß es hier keine bruchlose Übertragung des Frontkämpfertums auf die innenpolitischen Verhältnisse der Nachkriegszeit beziehungsweise auf den inneren »Feind«, die radikalsozialistische Arbeiterbewegung gab, zeigt Schumann überzeugend am Beispiel des Verhaltens der »Einwohnerwehren« der Provinz Sachsen während und unmittelbar nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920. Die seit 1919 in der Provinz Sachsen wie überall in Preußen flächendeckend aufgebauten und mehrere hunderttausend Mann vor allem des besitzenden Bürgertums in Stadt und Land umfassenden und massiv aus Heeresmagazinen ausgerüsteten Einwohnerwehren blieben während des Putsches und im Laufe der an-

schließenden Kämpfe zwischen Militär und Arbeiterschaft passiv und still. »Abrechnungen« mit der radikalen Linken und ein Ansturm gegen die ungeliebte Republik unterblieben; vielerorts ließen sich die Wehren sogar widerstandslos entwaffnen (S. 90–95).

Die politisch erfolgreichste und, im mehrfachen Sinne, schlagkräftigste Anverwandlung der Weltkriegserfahrung im bürgerlichen Lager gestaltete der »Stahlhelm«. Der Stahlhelm erschloß dem Bürgertum die Straße als politischen Aktionsraum (S. 149–158) und trat in Konkurrenz zur Arbeiterbewegung, die diesen Raum bisher für sich reklamiert hatte. Darüberhinaus gerierte er sich als Modell der bislang fehlenden Einheit der bürgerlichen Parteien. Propagandistisches Element war der Anspruch, den Krieg richtig zu erinnern und zu deuten und mit dem Prinzip von Befehl und Gehorsam die Nation einigen zu können. Die SA radikalisierte das Konzept, indem sie das Veteranenverbands-Brimborium des Stahlhelm vermied und sich vielmehr als Kampftruppe gegen das herrschende politische System definierte und größere Brutalität zeigte (S. 220–246). Im zweiten Teil seiner Arbeit, die den Zeitraum 1929 bis 1933 abdeckt, bewegt sich Schumann auf ausgeforschem Terrain, was sich auch in dem großen Anmerkungsapparat niederschlägt, in dem der Verfasser die Diskussion mit Conan Fischer, Richard Bessel, Michael Geyer, Eve Rosenhaft, Peter Longerich u. a. führt. Er folgt der von Gerhard Paul vertretenen These, daß der erfolgreiche Kampf der SA um die proletarischen Quartiere seit 1929/30 eine 1933 nachträglich konstruierte Legende war (S. 312f., 332f.). Die von der SA gegen die KPD und SPD entfesselte Gewalt-samkeit sei vor allem eine Art »Versammlungs«-Gewalt gewesen, die sich durch gezielte Provokationen bei Veranstaltungen entwickelt habe (S. 314–318). Von »Straßen«-Gewalt, umfangreichen, oft tödlichen Schlägereien in der Öffentlichkeit sei erst seit 1932 auszugehen (S. 320–329).

Abschließend formuliert Schumann die These, daß sich »die Gewalt der Weimarer Endphase« hätte, »entsprechenden Willen vorausgesetzt, mindestens unter Kontrolle bringen« lassen. Als Beleg führt er das SA-Verbot vom 14. April bis 14. Juni 1932 an, das sich als »durchschlagskräftig erwiesen« habe (S. 367), was der Autor aus einem Bericht einer Magdeburger Zeitung vom Juni 1932 ableitet (S. 324).

Hier werden nicht nur souverän die über die preußische Provinz Sachsen hinausgehenden Forschungsergebnisse der älteren Literatur zur Weimarer Republik ignoriert, die das SA-Verbot als Fehlschlag charakterisieren, weil die SA über sein Kommen informiert war und genügend Zeit hatte, sich darauf vorzubereiten. Schumann selber gibt Hinweise darauf, daß es mit der »Kontroll-Fähigkeit und dem »Willen« der preußischen Staatsgewalt in den letzten Jahren der Weimarer Republik nicht mehr soweit her war: Wiederholt weist er darauf hin, daß das Fehlen oder Versagen der staatlichen Polizeigewalt den Stahlhelm, die SA, die KPD und das sozialdemokratische »Reichsbanner« zu Drohungen oder Ankündigungen von »Selbsthilfe« (S. 266f.) und »selbst als Polizei zu fungieren« (S. 243) führte, sie vorher-sagen ließ, daß sie als »Ordnungsmacht« (S. 281) auftreten werden und die »Polizei der Hauptgegner« werden würde (S. 309).

In Schumanns sozialhistorischer und mentalitätsgeschichtlicher Annäherung an die politische Gewalt in der Weimarer Republik bleiben Stellenwert und Tragweite republikanischer Politik, zumal der preußischen Regierung, gegenüber den Einwohnerwehren, dem Stahlhelm und der SA, schwach ausgeleuchtet.

Zu fragen wäre in diesem Zusammenhang zum Beispiel, warum der preußische Ministerpräsident Otto Braun, der hartnäckig der Reichswehr die selbstzugewiesene Prärogative bei innenpolitischen Krisenzuständen streitig machte, Innenminister Carl Severing, der rasch das preußische Polizeiwesen reformierte und zentralisierte, um das staatliche Gewaltmonopol zu festigen, und sein zeitweiliger Amtsnachfolger Albert Grzesinski, der in zähem politischen Kampf bis 1930 die Gutsbezirke als letzte Relikte standesherrschaftlicher, autokratischer Ordnung aufgelöst hatte, das Unwesen der gewalttätigen Verbände, die das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellten, jahrelang duldeten und warum sie bei der Politik

gegen den paramilitärischen »Selbstschutz« des Bürgertums und der radikalen Rechten scheiterten.

Schumanns beeindruckende Studie regt dazu an, sich mit diesen Fragestellungen erneut zu beschäftigen.

Peter LESSMANN-FAUST, Dortmund

Wolfram PYTA, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf (Droste) 1996, 514 p. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 106).

Loin des ouvrages qui proposent une approche socio-politique des campagnes, celui-ci étudie un ensemble de problèmes en investiguant à la base, géographiquement et humainement. Pyta s'en explique dans une très longue introduction où il se livre à des considérations sur les relations entre le »milieu« choisi et ses options politiques. Le mot »milieu« étant longuement défini à l'aide des travaux de Falter et de Rohe; Pyta rappelle que le »milieu« était à ce point spécifique (*sozialmoralisches Milieu*) que ses membres pensent autrement et vivent autrement; même la »journée est structurée autrement«.

L'étude confirme les travaux de Falter et de Rohe qui considéraient que jusqu'en 1933, l'appartenance confessionnelle était le critère le plus déterminant pour le vote, plus déterminant que le critère de classe ou la distinction ville-campagne. C'est là l'originalité du politique en Allemagne que Nipperdey avait, après d'autres, souligné.

Pyta s'est attaché aux communes rurales où les protestants représentent au moins 70 % des habitants. L'originalité de son étude réside dans les objets de son investigation, bien au-delà de la simple sociologie électorale. Elle compte six grands chapitres, tous novateurs. Le premier présente une photo du monde rural, décrypte la notion de communauté (*Gemeinschaft*) sans oublier les conditions économiques et sociales en distinguant toujours les zones des grands domaines et celles des fermes villageoises. Dans le second chapitre, Pyta procède à l'analyse des dispositions des populations rurales face à la politique, puis du rôle des notables, des »leader« d'opinion au village, successivement le gros agriculteur, l'aristocrate, le pasteur et l'instituteur. Le troisième chapitre est consacré à la conjoncture politique et à la politisation des principaux »leader d'opinion«. On y apprend comment les pasteurs sont tentés de rejoindre les rangs des nazis: ils se détournent à la fois des conservateurs et des démocrates parce que le NSDAP répond à leurs aspirations à une société unie et meilleure moralement car plus solidaire. La *Volksgemeinschaft* proposée par les nazis représente cette attente. De leur côté, les instituteurs recherchent davantage de considération, ainsi qu'un statut matériel meilleur. Ignorés par les partis de Weimar, ils sont prêts, eux aussi, à écouter les sirènes nazies.

Le quatrième chapitre montre pourquoi aucun des partis de Weimar et même d'avant 1918 n'a réussi à s'enraciner et à devenir le parti hégémonique dans le milieu rural protestant. Celui-ci ayant toujours été ouvert à toutes les tendances, sauf au Zentrum. Il fallait insister ici davantage sur l'autonomie du protestant. Rien de semblable aux rapports entre ruraux catholiques et Zentrum. Selon la zone en Allemagne, l'un ou l'autre parti dispose d'une meilleure assise. Même le SPD a obtenu des voix dans les campagnes protestantes comme ce fut souvent souligné; faute de discours adapté, d'appui des pasteurs et des instituteurs, il n'a pu percer. Il en est de même du KPD qui a pris cependant dans le milieu des ouvriers pendulaires et parfois chez les paysans sans terre et sans maison propre. Le DDP a perdu son potentiel hérité des Progressistes à cause de son ancrage dans le milieu de la bourgeoisie urbaine et juive. Les dispositions gouvernementales préjudiciables aux agriculteurs ont détourné ces derniers du DVP toujours associé au pouvoir. Le DNVP a échoué lui aussi, supplanté par les nazis.